Südschleswigscher Wählerverband

Pressemitteilung
Kiel, 17.09.2022

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Der SSW unterstu□tzt die Volksinitiative gegen den Abbau der kommunalen Demokratie

Resolution des Landesvorstandes til/zum dagsordenspunkt/TOP 11: Resolutionen

Husum/Hu□sem, 17.09.2022

Die Delegierten des SSW-Landesparteitages beschließen:

1. Der SSW-Landesparteitag fordert die Landesregierung auf, die Pläne zur Einschränkung von Bu□rgerbegehren und Bu□rgerentscheiden zuru□ckzunehmen.

2. Der SSW tritt der Volksinitiative gegen den Abbau der kommunalen Demokratie bei.

Begru□ndung: Im Koalitionsvertrag in Schleswig-Holstein ist vorgesehen, dass Bu□rgerbegehren und Bu□rgerentscheide massiv eingeschränkt werden. Insbesondere soll die Landesregierung ku□nftig das Recht haben, Bu□rgerbegehren zu wichtigen Themen fu□r unzulässig zu erklären. Das wäre ein extremer Eingriff in die kommunale Demokratie. Wir halten das fu□r das falsche Signal: In den letzten 2 Jahren war kommunaler Klimaschutz bundesweit das wichtigste Thema von Bu□rgerbegehren. Mal ging es um Ausbau der Fahrradwege oder des ÖPNV, mal wurde ein Klimaschutzplan

SSW IM LANDTAG

fu□r die Kommune gefordert oder dass die Gemeinde bis 2030 oder 2035 klimaneutral werden soll. Bu□rgerbegehren gegen Windkraft oder Solarenergie gab es dagegen kaum noch und meist gingen sie verloren. Seit 30 Jahren wurde die Bu□rgerbeteiligung in allen Bundesländern Schritt fu□r Schritt ausgebaut. Hunderttausende haben sich dafu□r eingesetzt. Schleswig-Holstein ist seit der letzten Volksinitiative fu□r Demokratie bei der Bu□rgerbeteiligung auf einem vorderen Platz. Jetzt ist es das falsche Signal, die Beteiligung der Bu□rger von oben herab durch die Regierung ausschalten zu wollen. Immer mehr Menschen engagieren sich fu□r Klimaschutz, aber auch fu□r soziale Belange und fu□r Demokratie. Wir werden die großen Aufgaben, die vor uns liegen, nur mit den Menschen und nicht gegen sie lösen können. Der SSW tritt daher der Volksinitiative gegen den Abbau der kommunalen Demokratie bei.

Der SSW-Landesvorstand, Flensburg, den 09.09.2022

SSW IM LANDTAG